

Glanz und Elend der Solidarität

Autor(en): **Loepfe, Koni**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Glanz und Elend der Solidarität

«Hoch, hoch, die internationale Solidarität!». In der Unterführung der Langstrasse zwischen den Zürcher Stadtkreisen 4 und 5 tönt es mächtig. Der Slogan erschallt in den Strassen Zürichs in unregelmässigen Abständen, vorwiegend an Samstagnachmittagen, wenn Emigrantinnen und Emigranten ihn rhythmisch und mit Megaphonen unterstützt skandieren.

Koni Loepfe

Sie demonstrieren damit meist gegen die Regimes in ihrer Heimat und verbinden damit die Forderung an die Schweiz, ihre Banken und Händler, die Unterstützung der jeweiligen Diktaturen zu unterbinden. Der Ruf «Hoch, hoch, die internationale Solidarität» verbindet die Emigrantinnen und Emigranten samt den spärlich mitmarschierenden SchweizerInnen trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtungen. Durch das gemeinsame und eingeübte Skandieren kommt «Leben in die Bude». Der «uralte» Slogan, die mitgeführten Transparente gegen Rassismus und oft die «Uniform» der Demonstrierenden erschweren ein spontanes Mitmarschieren und wirken wie eine moralische Barriere, die die «Guten», die für die Solidarität marschieren, von den andern trennt, die sich nicht gegen die Diktatur wehren.

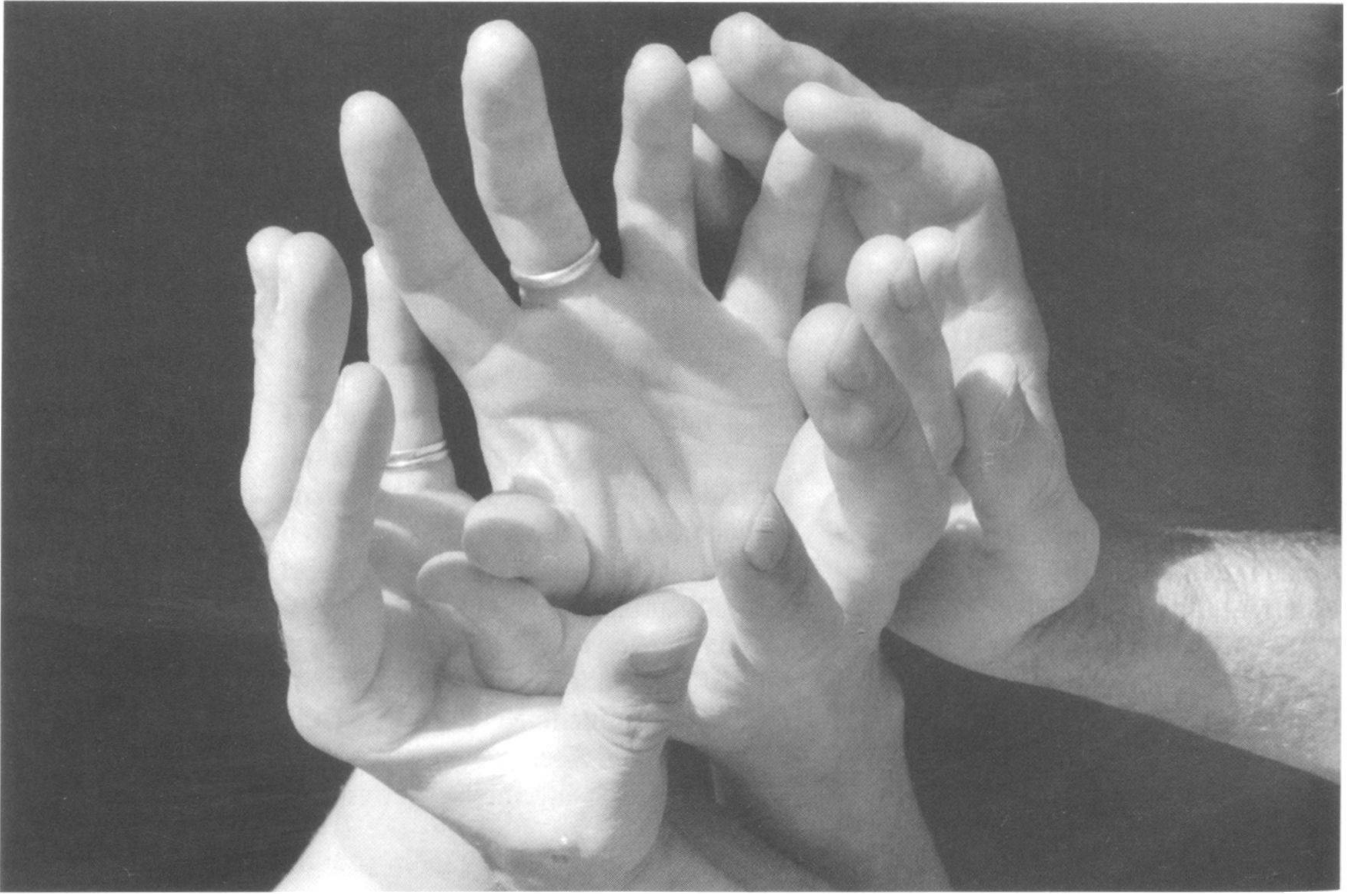
Szenenwechsel: Feierliche Versammlung im Bundeshaus. Bundespräsident Arnold Koller verkündet die Idee einer «Stiftung für Solidarität». Die Idee an sich über-

zeugt mich, aber die Wurzeln darunter liegen offen: Mit künftiger Solidarität soll die fehlende Solidarität und die reichliche Kollaboration während des Zweiten Weltkrieges überdeckt werden. Wobei sehr unklar bleibt, was künftige Solidarität sein soll und was vergangene Solidarität bedeutet hätte: sicher mehr jüdische Flüchtlinge aufnehmen, sicher ihr Gold nicht behalten. Aber wieviel mehr Hilfe wäre solidarisch angemessen gewesen?

Schwammiger Begriff

Ich gebe gerne zu, dass meine Mühe mit dem Wort «Solidarität» einiges mit meinen Erfahrungen als Präsident der SP der Stadt Zürich zu tun hat. Der Begriff weckt bei mir an sich positive Emotionen, eine «offene, tolerante und solidarische Stadt und Schweiz» wünsche ich mir von Herzen. Nur, was heisst «Solidarität»? Der 1. Mai etwa gilt als der Tag der internationalen Solidarität. Die Realität der letzten zwei Jahre in Zürich gestaltete sich anders. Der Tag selber, wie dessen Vor- und Nachfeld waren eher Tage der Abrechnungen, der politischen Befehdung und Rechthaberei innerhalb der linken Bewegung. Jede und jeder beanspruchte die Solidarität für seine Ziele, versuchte jene, die es etwas anders sahen, in den Ecken der «Unsolidarität», des Unrechtes, des Verrates zu stellen.

«Denn solidarisch sein heisst noch immer: miteinander verbunden sein, fürein-



Photos: Uta Schaublin



ander einstehe, gemeinsam haften.» So der Schlusssatz von Bruno Vanoni in seinem Kommentar «Blocher, der Erpresser» zu dessen berüchtigter Berner-Rede im Tages-Anzeiger vom 23. Juni. So bemerkenswert klar Vanoni gegen Blocher schrieb, so unverbindlich bleibt der Schluss. Blocher etwa würde das Miteinander-verbunden-sein zu seinen Werten zählen und auch das gemeinsame Haften lehnt er nicht völlig ab.

**Dem Begriff der
Solidarität fehlt
das Mass.**

Dem Begriff Solidarität fehlt das Mass und damit die diskutierbare Verbindlichkeit. Jede und jeder kann ihn in einem breiten Spektrum für seine Zwecke instrumentalisieren und damit auch den Versuch unternehmen, das eigene Einstehe für eine Gruppe für alle «Gutdenkenden» zur Pflicht zu erklären. Solidarischsein «degradiert» zu einer guten Tat, beinhaltet nur bedingt eine gemeinsame Basis von GeberInnen und EmpfängerInnen. Dazu ein für meine Werte verbindliches Beispiel: Das Einstehe für die Kurdinnen und Kurden steht bei allen möglichen Differenzen zu deren unterschiedlichen Gruppierungen für mich grundsätzlich nicht zur Diskussion. Ihnen wird von einem Regime ein grundsätzliches Recht vorenthalten: das Recht auf eine eigene Sprache und Kultur. Diese gemeinsame Basis fehlt mir bei den Ex-JugoslawInnen. Selbstverständlich fand und finde ich es nötig, dass wir Menschen ohne Dach und Nahrung helfen, und ich halte die forcierte Rückschiebung der BosnierInnen für falsch. Das ändert aber nichts daran, dass ich alle Theorien und Meinungen über fremde Schuldige (seien dies nun die Amis oder die EU) für zweitrangig halte. Für diesen Krieg mit allen seinen Folgen tragen die BewohnerInnen von Ex-Jugoslawien die Verantwortung selber. Damit fehlt keineswegs die Basis zur Hilfe, wohl aber jene für Solidarität. Zumindest für Solidarität in einem traditionell linken Verständnis.

Die gute, alte Zeit der Solidarität

Wir alle kennen das klassische Bild aus den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts: Ein harter Streik, die Gewerkschaftskassen sind längst leer, für die Streikenden und ihre Angehörigen wird gesammelt. In Form von Geld, aber auch in Form von grossen Suppenküchen. In die Auseinandersetzung zwischen den Arbeitgebern und ArbeiterInnen einer Branche mischen sich die übrigen ArbeiterInnen ein, stärken ihren KollegInnen den Rücken. Teils organisiert, teils auch spontan.

Nach Heinz Kleger wird Solidarität «meistens als wechselseitige Verbundenheit von mehreren Menschen definiert, und zwar so, dass sie dabei aufeinander angewiesen sind und ihre Ziele nur in Zusammenarbeit erreichen können.»¹ Diese «Solidarität aus spezifischer Verbundenheit» enthält zur Verbundenheit stets ein Element der Freiwilligkeit - im Gegensatz zu den auch in der Arbeiterbewegung existierenden Verträgen oder den festen Vereinbarungen innerhalb eines Gewerkschaftsbundes oder dem erkämpften Sozialnetz. Die Solidarität spielte in der Geschichte der AHV eine grosse Rolle. Heute ist sie eine obligatorische Versicherung, um deren Prämienhöhe politisch gefeilscht wird. Die Mutterschaftsversicherung als ein Werk der Solidarität hinzustellen, käme gar einer Blasphemie gleich.

Konkret: Wenn anfangs der 30er Jahre ein ganzes Quartier und ein Grossteil der Arbeiterbewegung den Streik der Zürcher Heizungsmonteur unterstützten, geschah dies auch aus Eigeninteresse. Die Heizungsmonteur trugen stellvertretend für einen grossen Teil der Arbeiterschaft

¹ Heinz Kleger: Was ist und vermag Solidarität? Eine Begriffsklärung, in: Widerspruch 27 (1994), S. 103-114, zit. 104.

einen Konflikt aus, von dessen Ausgang dieser annahm, dass er auch seine Stellung beeinflussen könnte. Ganz abgesehen davon, dass die Unterstützenden damit spekulierten, bei einem künftigen eigenen Konfliktfall ebenfalls unterstützt zu werden.

Dennoch unterscheidet sich eine Solidaritätsaktion von einer festen Verpflichtung. Zukünftige Gegenleistungen werden erhofft, sind aber keinesfalls garantiert. Es gibt keine Rechnung, dass wenn wir Maurer heute die Heizungsmonteur unterstützen, sie uns in einem halben Jahr bei unserer Aktion im gleichen Masse unterstützen müssen. Auch das Ausmass der Solidarität beruht im wesentlichen auf Freiwilligkeit. Diese Art von Solidarität hat bei aller Berechnung und zumindest unbewusster Einkalkulierung eines eigenen Vorteils einen zentralen Aspekt der moralischen, individuellen Unterstützung, was zu einem überdurchschnittlichen Engagement führen kann. Die Essküchen dienten nebst der Verpflegung dem politischen Gespräch, führten zu einer Zusammengehörigkeit, die keine persönliche Sympathie voraussetzt.

Voraussetzung für diese Art der Solidarität sind nur kleine Unterschiede in der Klassenlage, um ein «altmodisches» Wort zu verwenden. Die EmpfängerInnen und die GeberInnen von Solidarität stammen im wesentlichen aus den gleichen Schichten; es ist eine Solidarität von Schwachen für Schwache, um gemeinsam einem Stärkeren etwas abzurufen. So allgemein formuliert, war und ist dies die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung. Solidaritätsaktionen unterscheiden sich in vielen Teilen von der normalen gewerkschaftlichen Arbeit nur in Nuancen, wobei die zentrale Nuance im Akt der Freiwilligkeit besteht. Diese traditionelle, linke Solidarität gehört nicht nur zur Vergangenheit. Als sich 1994 die Angestellten des Textilbarons Gasser wehrten, funktionierte die Solida-

rität spontan und organisiert. Vor den Fabrikatoren konnten Zelte aufgestellt werden: für solidarische Gäste und für KünstlerInnen, die gratis auftraten. Ähnliches, wenn auch in einem bescheidenen Rahmen geschah bei der Schliessung der Brauerei Hürlimann und vor allem bei Cardinal. Da stand eine ganze Region für ihre Brauerei und deren Angestellte auf. Auch wenn die Cardinal-Aktion klassenmässig sehr viel breiter abgestützt war, ist diese Aktion meines Erachtens eine Solidaritätsaktion im traditionellen Sinne. Schwache wehren sich gemeinsam, spontan und mit sehr viel Eigennutz und Moral gegen einen Stärkeren. In die gleiche Kategorie gehören die Solidaritätsaktionen für die Kumpels in der Ruhr.

Gefahr des Rituals

Die Zürcher Kantonsregierung vermindert ihre Defizite vor allem mit Einsparungen beim Personal, das sich dagegen auch mit Kundgebungen und Aufforderungen zur Solidarität wehrt. Verbal trifft die Solidarität auch ein. Befreundete Gewerkschaften und Organisationen pflegen in solchen Fällen Telegramme zu schicken, die an der Protestkundgebung oder an Versammlungen unter dem Beifall der Anwesenden verlesen werden. Die Gewerkschaften der Privatindustrie betonen in diesen Grussadressen die Wichtigkeit des gegenwärtigen Kampfes des öffentlichen Personals auch für die PrivatArbeitnehmerInnen. Was ja durchaus zutrifft, denn kann der Kanton etwa den Teuerungsausgleich streichen, verschlechtert sich die Verhandlungsgrundlage in der Metallindustrie oder auch bei den Banken und Versicherungen.

Diesen Frühling stritt die Zürcher SP-Kantonsratsfraktion mit viel Engagement gegen eine Reduktion der Einstiegslohne für LehrerInnen. In ihren Voten benutzten viele die Begriffe Gerechtigkeit und

**Das Ausmass
der Solidarität
beruht im
wesentlichen auf
Freiwilligkeit.**

**Solidaritäts-
adressen haben
den Wert von
Sonntags-
predigten.**

Solidarität mit gutem Grund, denn purzeln die LehrerInnenlöhne, folgen andere. Wer zu Beginn Solidarität verweigert, kommt später selber dran.

Was nun aber auffiel, war eine grosse Diskrepanz. Ausser den direkt Betroffenen waren beim Kaffee oder Bier viele Fraktionsmitglieder der Meinung, dass sich diese Sparmassnahme eigentlich rechtfertigen lasse, der Anfängerlohn für LehrerInnen befinde sich auf einer diskutierbaren Höhe. Die verbal bekundete Solidarität im Ratssaal und auch das disziplinierte Abstimmungsverhalten standen in einem Widerspruch zur persönlichen Meinung. Solidarität bekommt so einen rituellen und damit unwirksamen Inhalt.

Solidarität als Diskussionskiller

«Früher, da waren wir noch solidarisch». Ein nicht ganz unbeliebter Satz älterer Genossinnen und Genossen, die als Beispiel gerne von ihrem Kampf für die AHV mit der generationenübergreifenden Solidarität erzählen. «Früher, da waren die Zeiten eben anders», reizt es mich des öfters zu antworten. «Und gerade Ihr seid typische Beispiele für die Veränderung.»

Gerade die SP-Mitglieder sind ein Paradebeispiel für die «Vermittelstandisierung» der schweizerischen Gesellschaft. Erklärt wird die starke Präsenz des Mittelstandes gerne und auch zutreffend mit dem Parteieintritt von AkademikerInnen seit 1968. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Bei einem ehrlichen Blick ins eigene Portemonnaie würden viele ältere GenossInnen feststellen, dass sie mit ihrem AHV-Maximum und der anständigen bis guten Pensionskasse selber zum Mittelstand gehören. Auch wenn sie in ihrem Kopf von sich und ihrer Geschichte ein anderes Bild verewigt haben.

Es trifft zu, dass die in der Schweiz ohnehin bereits grosse Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten in den letzten Jahren der Rezession sich weiter öffnete und die Tendenz zur Zweidrittelsgesellschaft sich verstärkte. Und auch mir kommen angesichts von Blocher und anderer Ungetümen schlechte Erinnerungen an die politische Entwicklung in den 30er Jahren. Und trotzdem: Vieles ist eben doch anders und unter diesem Vielen ist der sehr viel breitere, wenn auch gefährdete Mittelstand das markanteste Merkmal.

Wer in der Rezession der 30er Jahre Arbeit hatte, dem ging es besser als den Erwerbslosen. Nur, die Unterschiede bewegten sich auf einem viel tieferen Niveau. Heute entwickelt sich ein tiefer Graben zwischen jenen, die im Erwerbsleben stehen und jenen draussen – den Langzeiterwerbslosen. Die Grosszahl der im Erwerbsleben Stehenden (vor allem die Jungen, gutausgebildeten Effizienten) nimmt teil an den Segnungen der nach wie vor reichen Schweiz. Die Gewerkschaften und die linken Parteien – ja selbst einige Bürgerliche – sprechen zwar durchaus von Solidarität mit den Erwerbslosen, von der Notwendigkeit neuer Arbeitsplätze oder einer Umverteilung der Arbeit, die entsprechende Praxis kommt aber meist erst an zweiter oder dritter Stelle. Hauptanliegen ist die Verhinderung von Abbaumassnahmen bei den Beschäftigten – das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Aber ich halte daran fest, dass neue Formen der Arbeitszeit nicht nur am fehlenden Willen der Arbeitgeber scheitern oder nur mühsam vom Fleck kommen, sondern auch am Widerstand jener, die Erwerb haben und davon nichts abgeben wollen. Damit haben Solidaritätsadressen den Wert von Sonntagspredigten. Sind sie gut, führen sie zu einer halben Stunde des Nachdenkens, aber spätestens am Montag früh sind die vergessen.

Der Appell an die Solidarität empfinde ich zumindest teilweise – und das ist mein grösstes Unbehagen – als Verhinderer für eine effektive Auseinandersetzung und damit als Mittel, den status quo zu erhalten. Das Paradebeispiel: Als der sehr rechtsstehende Professor Widmann vorschlug, die Gesundheitskosten für die über 75jährigen aus den Krankenkassen herauszulösen, erledigte die Linke diesen Vorschlag unter dem Motto, das sei ein Bruch mit der Solidarität zwischen den Generationen und damit war das Thema tabuisiert. Weshalb es a priori unsolidarisch sein soll, das oft sehr teure Sterben mit Steuergeldern zu finanzieren, statt mit den heutigen Kopfprämien, leuchtet mir noch immer nicht ein. Worauf es mir hier ankommt, ist der Mechanismus: Ein Idee wird für unsolidarisch erklärt und damit für «anständige» Linke als undenkbar definiert. Umgekehrt funktioniert es genauso. Wer von einem Abbau bedroht wird, ruft nach solidarischer Hilfe und erschwert damit das Austragen von Interessengegensätzen.

Solidarität – in einem linken Verständnis – basiert darauf, dass Schwache sich auf freiwilliger Basis gegenseitig unterstützen, auch um die eigenen Interessen zu wahren. In einem sehr grossen Raster gesehen, trifft dies selbstverständlich nach wie vor zu. Wenn in Basel die Chemiekonzerne fusionieren, wenn in Freiburg Cardinal verschwindet oder in Zürich Grossbanken massenhaft Angestellte entlassen, kann sich unter dem Titel Solidarität ein echter Widerstand formieren. Um-

gekehrt bin ich aber überzeugt, dass heute der Appell an die Solidarität zur Neuordnung der Sozialwerke vor allem Interessenkonflikte übertüncht, dass damit das Bisherige unter Denkmalschutz gestellt wird; selbst dann, wenn die Schwächsten damit alles andere als gut fahren. Oder anders ausgedrückt: Beim Umbau der Sozialwerke, bei der Neuverteilung der Arbeit ist *Gerechtigkeit* gefragt, *nicht Solidarität*. Gerechtigkeit aber ist eine Frage der Ausmarchung verschiedener Interessen, die miteinander in Konkurrenz stehen.

Übergreifende Solidarität

Natürlich gibt es auch die vor allem christlich begründete Solidarität der Starken mit den Schwachen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Stiftung für Solidarität basiert ausser auf dem schlechten Gewissen auch auf dieser Haltung. Dabei sollte auch hier die Solidarität nicht allzu sehr strapaziert werden. Adolf Muschg führte kürzlich in einem Interview im ZDF – vereinfacht zusammengefasst – aus, dass das eigentliche Versäumnis der Schweiz darin bestehe, sich selbstgerecht isoliert zu haben, sich Handelspartner, aber keine Freunde gesucht zu haben. Es gibt heute wahrhaft Dümmeres als sich mit einer Stiftung für Solidarität etwas Freundschaft zu erkaufen.

Koni Loepfe ist freier Journalist und Präsident der SP Stadt Zürich.